REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

Vorentwurf eines Erlasses der Regierung über die Unterstützung von Familien bei Mehrlingsgeburten

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20, abgeändert durch das Gesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, Artikel 3.2 und Artikel 3.27;

Aufgrund des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen, Artikel 83;

Aufgrund des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege, Artikel 10 Absatz 3 Nummer 1;

Aufgrund des Gutachtens der Datenschutzbehörde vom 10. Juli 2020;

Aufgrund des Gutachtens des Rates für Familienleistungen vom 15. Juli 2020;

Aufgrund des Gutachtens des Beirates für Seniorenunterstützung vom 31. August 2020;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 22. April 2020;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung der Stellungnahme des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen vom 26. November 2019;

In Erwägung der Stellungnahmen der „Familienhilfe" V.o.G. vom 21. November 2019 und des Familien- und Seniorenhilfsdienstes „SAFPA" V.o.G. vom 29. November 2019;

Auf Vorschlag des für Familie zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:
1. Dekret: das Dekret vom 23. April 2018 über die Familienleistungen;
2. Erziehungsberechtigter: die in Artikel 83 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen erwähnte Person;
3. Dienst: der Dienstleister, der ein Angebot der Familien- und Seniorenhilfe im Sinne von Artikel 10 des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege erbringt und zu diesem Zweck auf Grundlage desselben Dekrets eine Genehmigung erhalten hat;
4. Minister: der für Familie zuständige Minister;
5. Verwaltung: das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
6. Zentrum: das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Für die Anwendung dieses Erlasses wird der in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Erziehungsberechtigte der in Artikel 4 Nummer 17 des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege erwähnten Person mit Unterstützungsbedarf gleichgestellt.

Art. 2 – Formen der Unterstützung

Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel kann der Erziehungsberechtigte im Fall einer Mehrlingsgeburt folgende Formen der Unterstützung in Anspruch nehmen:
1. die Unterstützung durch einen Dienst gemäß den in Kapitel 2 festgelegten Modalitäten und im Rahmen des verfügbaren Stundenkapitals der anerkannten Dienste;
2. die Rückerstattung für die Inanspruchnahme einer häuslichen Hilfe im Haushalt gemäß den in Kapitel 3 festgelegten Modalitäten.

Art. 3 – Weitere Begleitung durch das Zentrum

Durch die Inanspruchnahme einer in Artikel 2 erwähnten Unterstützung verpflichtet sich der Erziehungsberechtigte, regelmäßig die Beratungs- und Begleitdienstleistungen des Zentrums in Anspruch zu nehmen. Die Begleitung durch das Zentrum orientiert sich hierbei am tatsächlichen Bedarf des Erziehungsberechtigten.

Das Zentrum und der Erziehungsberechtigte legen mit dem Dienst gemeinsam Zeitraum und Häufigkeit der Inanspruchnahme der Leistungen im Rahmen der gemäß den Artikeln 10 und 15 vorgesehenen Festlegung der Unterstützung fest.

Art. 4 – Gewährung und Zeitraum der Unterstützungen

§1 – Die in Artikel 2 erwähnten Unterstützungen werden ab dem Tag der Geburt des jüngsten Kindes gewährt. Sie werden nicht mehr gewährt ab dem ersten Tag des Monats nach demjenigen, in dem das älteste Kind das dritte Lebensjahr erreicht.

Für die Anwendung von Artikel 83 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets wird der dort erwähnte Altersunterschied ab dem Soundsovielten bis zum Tag vor dem Soundsovielten berechnet.

§2 – Die Unterstützungen werden nicht gewährt, wenn der Erziehungsberechtigte sie für ein Kind beantragt, das leblos entbunden wurde.

§3 – Verstirbt ein Kind während des in Paragraf 1 Absatz 1 erwähnten Gewährungszeitraums, werden die Unterstützungen noch für die folgenden Zeiträume gewährt:

1. für den Zeitraum des Aufenthalts im Krankenhaus, sofern sich die überlebenden Kinder nach dem Versterben ihres Geschwisterteils im Krankenhaus befinden;

2. während 30 Kalendertagen nach dem Versterben eines Kindes, sofern sich die überlebenden Kinder nach dem Versterben ihres Geschwisterteils an ihrem Wohnsitz befinden.

Das Zentrum setzt die Verwaltung und, im Falle einer Inanspruchnahme eines Dienstes gemäß Artikel 2 Nummer 1, den Dienst über das Versterben eines Kindes in Kenntnis.

Art. 5 – Schlichtungsverfahren

Stellt der Erziehungsberechtigte, der Dienst oder das Zentrum fest, dass eine dieser Parteien ihre aus dem vorliegenden Erlass hervorgehenden Verpflichtungen nicht einhält oder dass die Zusammenarbeit nicht zufriedenstellend verläuft, setzt sie die Verwaltung schriftlich darüber in Kenntnis.

Die Verwaltung weist die von der Feststellung betroffene Partei auf diesen Umstand hin. Letztere kann innerhalb von 15 Tagen ab Kenntnisnahme dieser Feststellung eine schriftliche Stellungnahme dazu bei der Verwaltung einreichen.

Nach Ablauf der in Absatz 2 festgelegten Frist lädt die Verwaltung die betroffenen Parteien zu einem gemeinsamen Gespräch ein, um eine einvernehmliche Lösung zwischen den betroffenen Parteien zu erzielen.

Art. 6 - Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Regierung und das Zentrum sind für die Verarbeitung der in den Artikeln 8 und 13 erwähnten personenbezogenen Daten im Sinne der Datenschutzgrundverordnung gemeinsam verantwortlich. Sie gelten für die Verarbeitung dieser Daten als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutzgrundverordnung. Der Dienst gilt als Auftragsverarbeiter im Sinne von Artikel 4 Nummer 8 der Datenschutzgrundverordnung.

Die Regierung übermittelt dem Dienst die in Absatz 1 aufgeführten personenbezogenen Daten, insofern dies für die Erfüllung seiner Aufträge notwendig ist.

Das Zentrum verarbeitet personenbezogene Daten im Hinblick auf die Erfüllung seines im Dekret vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen vorgesehenen Begleitauftrags.

Die Regierung verarbeitet personenbezogene Daten im Hinblick auf Erteilung einer in Artikel 2 vorgesehenen Unterstützung im Fall einer Mehrlingsgeburt.

Die Regierung, das Zentrum sowie der Dienst dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen, dekretalen oder die durch vorliegenden Erlass festgelegten Aufträge verwenden.

Art. 7 – Dauer der Datenverarbeitung

Die in den Artikeln 8 und 13 erwähnten Daten werden unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, wie folgt aufbewahrt:

1. für einen Erziehungsberechtigten, der nie tatsächlich Anrecht auf eine Unterstützung im Fall einer Mehrlingsgeburt hatte, während 5 Jahren nach dem Ende des Monats, in dem

der entsprechende Antrag gestellt wurde;

2. für einen Erziehungsberechtigten, der Anrecht auf eine Unterstützung im Fall einer Mehrlingsgeburt hatte, während 5 Jahren ab dem Ende des Monats, in dem zum letzten Mal Anrecht bestand;

3. für einen Erziehungsberechtigten, für den ein administratives oder gerichtliches Verfahren anhängig ist, während 5 Jahren ab dem Ende des Monats, in dem das Verfahren beendet wurde.

KAPITEL 2 – UNTERSTÜTZUNG DURCH DIE FAMILIEN- UND SENIORENHILFE

Art. 8 – Antrag

§1 – Der Erziehungsberechtigte, der eine Unterstützung für eine Mehrlingsgeburt durch einen Dienst erlangen möchte, kontaktiert das Zentrum. Das Zentrum lädt den Erziehungsberechtigten zu einem gemeinsamen Termin zwecks Vervollständigung des entsprechenden Antrags ein.

Das Zentrum stellt ein entsprechendes Antragsformular zur Verfügung, das folgende Elemente abfragt:

1. in Bezug auf den Erziehungsberechtigten:

a. Name, Vorname, Geburtsdatum, Nationalregisternummer, Wohnort, Telefonnummer und E-Mail-Adresse;

b. Haushaltszusammensetzung, Identität der Person, die das Kind tatsächlich erzieht, und Beziehung zu dem Kind;

c. Kontonummer;

2. in Bezug auf die Kinder:

a. Name, Vorname, Geburtsdatum, Nationalregisternummer, Wohnort;

b. Informationen bezüglich des voraussichtlichen Geburtstermins, wenn der Antrag gemäß Paragraf 2 vor der Geburt gestellt wird.

§2 – Der Antrag kann frühestens sechs Monate vor dem voraussichtlichen Geburtstermin des jüngsten Kindes eingereicht werden.

In diesem Fall ist dem Antrag ein ärztliches Attest beizufügen, aus dem der voraussichtliche Geburtstermin hervorgeht. Nach der Geburt reicht der Erziehungsberechtigte die entsprechende Geburtsurkunde bei der Verwaltung ein.

Art. 9 – Entscheidung des Ministers

Nach Vervollständigung des Antrags übermittelt das Zentrum diesen der Verwaltung.

Der Minister entscheidet über den Antrag auf Grundlage einer Stellungnahme der Verwaltung.

Die Verwaltung übermittelt dem Zentrum eine Kopie der Entscheidung des Ministers und dem Erziehungsberechtigten die Entscheidung wie folgt:

1. eine günstige Entscheidung durch gewöhnliches Schreiben;
2. eine ablehnende Entscheidung per Einschreiben.

Eine ablehnende Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 10 – Gemeinsame Festlegung des Umfangs der Unterstützung

Nach Erhalt der günstigen Entscheidung des Ministers gemäß Artikel 9 legen der Erziehungsberechtigte und der Dienst gemeinsam das Stundenkapital und die Modalitäten der durch den Dienst zu erbringenden Unterstützung auf Grundlage eines Vorschlags des Zentrums fest.

Das Stundenkapital beträgt höchstens 954 Stunden pro Kalenderjahr für drei Kinder. Für jedes weitere Kind umfasst das Stundenkapital höchstens 318 Stunden pro Kalenderjahr. Erfolgt die erste Unterstützung während des laufenden Kalenderjahres, wird das Stundenkapital im Verhältnis zum verbleibenden Zeitraum des Kalenderjahres gekürzt.

Auf Wunsch des Erziehungsberechtigten kann das im Absatz 2 erwähnte Stundenkapital gemeinsam mit dem Dienst vierteljährlich angepasst werden. Der Dienst informiert die Verwaltung und das Zentrum über die Anpassung.

Art. 11 – Art der Unterstützung

Der Dienst erbringt im Rahmen der Unterstützung bei einer Mehrlingsgeburt in größtmöglicher personeller Kontinuität folgende Leistungen:

1. Gewährleistung der Körperpflege der Kinder;
2. Zubereitung von Mahlzeiten und ggf. Füttern der Kinder;
3. Hilfestellung bei der Gewährleistung der räumlichen Sauberkeit und Ordnung in den Bereichen, in denen die Kinder sich aufhalten;
4. Unterstützung bei der Betreuung der Kinder.

Art. 12 – Rückerstattung der durch die Unterstützung entstandenen Kosten

Der Erziehungsberechtigte reicht die Zahlungsbelege für die erbrachten Leistungen des Dienstes monatlich bei der Verwaltung ein.

Die Verwaltung nimmt innerhalb der Grenzen des festgelegten Stundenkapitals eine vollständige Rückerstattung der finanziellen Beteiligung des Erziehungsberechtigten für die erbrachten Leistungen des Dienstes vor.

Die Rückerstattung wird auf ein Konto des Erziehungsberechtigten bei einem Kreditinstitut, wie in Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 1993 über den Status und die Kontrolle der Kreditinstitute bestimmt, überwiesen.

Bei dem in Absatz 3 erwähnten Konto handelt es sich um ein Konto, das auf den Namen des Erziehungsberechtigten oder auf den Namen des Erziehungsberechtigten und einer anderen Person eröffnet wurde.

KAPITEL 3 – RÜCKERSTATTUNG FÜR DIE INANSPRUCHNAHME EINER HÄUSLICHEN HILFE IM HAUSHALT

Art. 13 – Antrag

Der Erziehungsberechtigte, der eine Unterstützung für eine Mehrlingsgeburt in Form der Kostenrückerstattung für die Inanspruchnahme einer häuslichen Hilfe im Haushalt erlangen möchte, kontaktiert das Zentrum. Das Zentrum lädt den Erziehungsberechtigten zu einem gemeinsamen Termin zwecks Vervollständigung des in Artikel 8 erwähnten Antrags ein.

Art. 14 – Entscheidung des Ministers

Nach Vervollständigung des Antrags übermittelt das Zentrum diesen der Verwaltung.

Der Minister entscheidet über den Antrag auf Grundlage einer Stellungnahme der Verwaltung.

Die Verwaltung übermittelt dem Zentrum eine Kopie der Entscheidung des Ministers und dem Erziehungsberechtigten die Entscheidung wie folgt:
1. eine günstige Entscheidung durch gewöhnliches Schreiben;
2. eine ablehnende Entscheidung per Einschreiben.

Eine ablehnende Entscheidung vermerkt:
1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 15 – Gemeinsame Festlegung des Umfangs der Unterstützung

Nach Erhalt der günstigen Entscheidung des Ministers gemäß Artikel 14 lädt das Zentrum den Erziehungsberechtigten zu einem gemeinsamen Termin zwecks Festlegung des erstattungsfähigen Stundenkapitals der gemäß Artikel 16 durch die häusliche Hilfe im Haushalt zu erbringenden Unterstützung ein.

Das erstattungsfähige Stundenkapital beträgt höchstens 400 Stunden pro Kalenderjahr. Erfolgt die erste Unterstützung während des laufenden Kalenderjahres, wird das Stundenkapital im Verhältnis zum verbleibenden Zeitraum des Kalenderjahres gekürzt.

Auf Wunsch des Erziehungsberechtigten kann das Stundenkapital gemeinsam mit dem Zentrum vierteljährlich angepasst werden.

Art. 16 – Art der Unterstützung

Nach Festlegung des erstattungsfähigen Stundenkapitals kann der Erziehungsberechtigte gemäß den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 12. Dezember 2001 über die Dienstleistungsschecks eine häusliche Hilfe im Haushalt in Anspruch nehmen.

Art. 17 – Rückerstattung der Dienstleistungsschecks

Der Erziehungsberechtigte reicht zwecks Rückerstattung des Erwerbs der Dienstleistungsschecks für die Erbringung der gemäß Artikel 16 erwähnten Unterstützung die Überweisungsbelege für den Ankauf der Dienstleistungsschecks bei der Verwaltung ein.

Die Verwaltung nimmt innerhalb der Grenzen des gewährten Stundenkapitals eine Rückerstattung des Erwerbspreises der genutzten Dienstleistungsschecks vor.

Die Rückerstattung wird auf ein Konto des Erziehungsberechtigten bei einem Kreditinstitut, wie in Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 1993 über den Status und die Kontrolle der Kreditinstitute bestimmt, überwiesen.

Bei dem in Absatz 2 erwähnten Konto handelt es sich um ein Konto, das auf den Namen des Erziehungsberechtigten oder auf den Namen des Erziehungsberechtigten und einer

anderen Person eröffnet wurde.

KAPITEL 4 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 18 – Inkrafttreten

Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2020 in Kraft.

Art. 19 – Durchführungsbestimmung

Der für Familie zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Antonios Antoniadis

Digital unterschrieben von Antonios Antoniadis
Datum: 2020.10.19 11:05:13 +02'00'

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[Nummer Erlassregister]

Voorontwerp van een besluit van de Regering betreffende de ondersteuning van gezinnen bij meerlingengeboorten

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 20, gewijzigd bij de wet van 16 juli 1993;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 7;

Gelet op het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren, artikel 3.2 en artikel 3.27;

Gelet op het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen, artikel 83;

Gelet op het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg, artikel 10, derde lid, 1°;

Gelet op het advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit, gegeven op 10 juli 2020;

Gelet op het advies van de Raad voor Gezinsbijslagen, gegeven op 15 juli 2020;

Gelet op het advies van de Adviescommissie voor de ondersteuning van ouderen, gegeven op 31 augustus 2020;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 22 april 2020;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. [datum];

Gelet op advies **** van de Raad van State, gegeven op ****, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende het standpunt van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren, geformuleerd op 26 november 2019;

Overwegende het standpunt van de vzw *Familienhilfe*, geformuleerd op 21 november 2019 en het standpunt van de vzw *Familien- und Seniorenhilfsdienst SAFPA*, geformuleerd op 29 november 2019;

Op de voordracht van de Minister bevoegd voor Gezin;

Na beraadslaging,

Besluit:

HOOFDSTUK 1 – ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 – Definities

Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder:
1° decreet: het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen;
2° persoon belast met de opvoeding: de persoon vermeld in artikel 83 van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen;
3° dienst: de dienstverrichter die - in de zin van artikel 10 van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg - gezins- en ouderenhulp verricht en die - op grond van dat decreet - een vergunning daarvoor heeft gekregen;
4° Minister: de minister bevoegd voor Gezin;
5° administratie: het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;
6° centrum: het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren.

Voor de toepassing van dit besluit wordt de persoon belast met de opvoeding vermeld in het eerste lid, 2°, gelijkgesteld met de persoon met ondersteuningsbehoefte vermeld in artikel 4, 17°, van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg.

Art. 2 – Ondersteuningsvormen

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de persoon belast met de opvoeding, in geval van een meerlingengeboorte, een beroep doen op volgende ondersteuningsvormen:
1° de ondersteuning door een dienst overeenkomstig de nadere regels bepaald in hoofdstuk 2, binnen de perken van het beschikbare urenpakket van de erkende diensten;
2° de terugbetaling van de kosten om een beroep te doen op thuishulp van huishoudelijke aard overeenkomstig de nadere regels bepaald in hoofdstuk 3.

Art. 3 – Verdere begeleiding door het centrum

Door een beroep te doen op een ondersteuning vermeld in artikel 2 verplicht de persoon belast met de opvoeding zich ertoe regelmatig een beroep te doen op het advies- en begeleidingsaanbod van het centrum. De begeleiding door het centrum is gebaseerd op de werkelijke behoefte van de persoon belast met de opvoeding.

In het kader van de 'bepaling van de ondersteuning' vermeld in de artikelen 10 en 15 bepalen het centrum en de persoon belast met de opvoeding samen met de dienst wanneer en hoe vaak een beroep wordt gedaan op de aangeboden hulp.

Art. 4 – Toekenning en duur van de ondersteuningen

§ 1 – De ondersteuningen vermeld in artikel 2 worden toegekend vanaf de geboortedag van het jongste kind. Ze worden niet meer toegekend vanaf de eerste dag van de maand die volgt op de maand waarin het oudste kind het derde levensjaar bereikt.

Voor de toepassing van artikel 83, eerste lid, 2°, van het decreet wordt het daarin vermelde leeftijdsverschil vanaf [datum] tot de dag vóór [datum] berekend.

§ 2 – De ondersteuningen worden niet toegekend als de persoon belast met de opvoeding ze aanvraagt voor een doodgeboren kind.

§ 3 – Als een kind in de loop van de toekenningsperiode vermeld in § 1, eerste lid, sterft, worden de ondersteuningen verder toegekend voor de volgende duur:

1° gedurende het verblijf in het ziekenhuis, voor zover de overlevende kinderen zich na het overlijden van hun broer of zus in het ziekenhuis bevinden;

2° gedurende dertig kalenderdagen na het overlijden van een kind, voor zover de overlevende kinderen zich na het overlijden van hun broer of zus op hun woonplaats bevinden.

Het centrum deelt het overlijden van een kind mee aan de administratie en - als een beroep wordt gedaan op een dienst overeenkomstig artikel 2, 1° - aan de dienst.

Art. 5 – Bemiddelingsprocedure

Als de persoon belast met de opvoeding, de dienst of het centrum vaststelt dat één van die partijen zich niet houdt aan de verplichtingen die uit dit besluit voortvloeien of dat de samenwerking niet bevredigend verloopt, stelt de administratie hen schriftelijk daarvan in kennis.

De administratie brengt die situatie onder de aandacht van de partij waarop de vaststelling betrekking heeft. Laatstgenoemde kan, binnen een termijn van vijftien dagen die ingaat vanaf de kennisneming van die vaststelling, een schriftelijk standpunt daaromtrent indienen bij de administratie.

Na het verstrijken van de termijn bepaald in het tweede lid nodigt de administratie de betrokken partijen uit voor een gezamenlijk gesprek om tot een minnelijke schikking tussen de betrokken partijen te komen.

Art. 6 – Verwerking van persoonsgegevens

De Regering en het centrum zijn verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in de artikelen 8 en 13 in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. Ze gelden als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming voor de verwerking van die gegevens. De dienst geldt als verwerker in de zin van artikel 4, punt 8, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

De Regering zendt de in het eerste lid vermelde persoonsgegevens door aan de dienst, voor zover dit noodzakelijk is voor het vervullen van zijn opdracht.

Het centrum verwerkt persoonsgegevens met het oog op het vervullen van zijn begeleidende opdracht als bepaald in het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren.

De Regering verwerkt persoonsgegevens met het oog op de toekenning van een ondersteuning in geval van een meerlingengeboorte als bepaald in artikel 2.

De Regering, het centrum en de dienst mogen de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van hun wettelijke, decretale of de bij dit besluit vastgelegde opdrachten gebruiken.

Art. 7 – Duur van de gegevensverwerking

Onverminderd andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen die eventueel in een langere bewaartermijn voorzien, worden de gegevens vermeld in artikel 8 en in artikel 13 als volgt bewaard:

1° voor een persoon belast met de opvoeding die nooit werkelijk recht op ondersteuning in geval van een meerlingengeboorte had: tot 5 jaar na het einde van de maand waarin de desbetreffende aanvraag gedaan werd;

2° voor een persoon belast met de opvoeding die recht op ondersteuning in geval van een meerlingengeboorte had: tot 5 jaar na het einde van de maand waarin de desbetreffende aanvraag gedaan werd;

3° voor een persoon belast met de opvoeding die het voorwerp is van een administratieve of gerechtelijke procedure: tot 5 jaar na het einde van de maand waarin de procedure beëindigd werd.

HOOFDSTUK 2 – ONDERSTEUNING DOOR DE GEZINS- EN OUDERENHULP

Art. 8 – Aanvraag

§ 1 – De persoon belast met de opvoeding die via een dienst ondersteuning voor een meerlingengeboorte wil krijgen, neemt contact op met het centrum. Het centrum plant een gemeenschappelijke afspraak in om de desbetreffende aanvraag samen met de persoon belast met de opvoeding te vervolledigen.

Het centrum stelt een aanvraagformulier ter beschikking waarin de volgende elementen worden opgevraagd:

1° over de personen belast met de opvoeding:

a) naam, voornaam, geboortedatum, rijksregisternummer, woonplaats, telefoonnummer en e-mailadres;

b) gezinssamenstelling, identiteit van de persoon die het kind werkelijk opvoedt en relatie tot het kind;

c) rekeningnummer;

2° over de kinderen:

a) naam, voornaam, geboortedatum, rijksregisternummer, woonplaats;

b) inlichtingen over de vermoedelijke geboortedatum, als de aanvraag overeenkomstig paragraaf 2 voor de geboorte wordt ingediend.

§ 2 – De aanvraag kan op zijn vroegst zes maanden vóór de vermoedelijke geboortedatum van het jongste kind ingediend worden.

In dat geval moet de aanvraag vergezeld gaan van een medisch attest waaruit de vermoedelijke geboortedatum blijkt. Na de geboorte dient de persoon belast met de opvoeding de geboorteakte in bij de administratie.

Art. 9 – Beslissing van de Minister

Zodra de aanvraag voltooid is, zendt het centrum die aanvraag door naar de administratie.

De Minister beslist over de aanvraag op basis van een standpuntbepaling van de administratie.

De administratie zendt als volgt een kopie van de beslissing van de Minister aan het centrum en de beslissing zelf aan de persoon belast met de opvoeding:

1° een gunstige beslissing via een gewoon schrijven;
2° een afwijzingsbeslissing via een aangetekend schrijven.

In een afwijzingsbeslissing wordt het volgende vermeld:
1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Art. 10 – Gemeenschappelijk bepalen van de omvang van de ondersteuning

Na ontvangst van de gunstige beslissing van de Minister overeenkomstig artikel 9 bepalen de persoon belast met de opvoeding en de dienst, op basis van een voorstel van het centrum, samen het urenpakket en de wijze waarop de dienst de ondersteuning zal bieden.

Het urenpakket bedraagt hoogstens 954 uur per kalenderjaar voor drie kinderen. Voor elk extra kind omvat het urenpakket hoogstens 318 uur per kalenderjaar. Indien de eerste ondersteuning tijdens het lopende kalenderjaar wordt verleend, wordt het urenpakket verminderd in verhouding tot de resterende periode van het kalenderjaar.

Op verzoek van de persoon belast met de opvoeding en in overleg met de dienst kan het urenpakket vermeld in het tweede lid per kwartaal worden aangepast. De dienst deelt de aanpassing mee aan de administratie en aan het centrum.

Art. 11 – Aard van de ondersteuning

De dienst biedt de volgende hulp aan in het kader van de ondersteuning bij een meerlingengeboorte en zorgt ervoor dat die zo vaak mogelijk door dezelfde personen wordt verleend:
1° de kinderen lichamelijk verzorgen;
2° maaltijden bereiden en, indien nodig, de kinderen te eten geven;
3° hulp bieden om voor orde en netheid te zorgen in de ruimten waar de kinderen komen;
4° ondersteuning bieden bij de opvang van de kinderen.

Art. 12 – Terugbetaling van de kosten die door de ondersteuning zijn ontstaan

De persoon belast met de opvoeding dient de betalingsbewijzen voor de door de dienst verleende hulp maandelijks in bij de administratie.

De financiële bijdrage die de persoon belast met de opvoeding heeft betaald voor de door de dienst verleende hulp wordt, binnen de perken van het vastgelegde urenpakket, volledig terugbetaald door de administratie.

De terug te betalen bedragen worden overgeschreven naar een rekening van de persoon belast met de opvoeding bij een kredietinstelling zoals gedefinieerd in artikel 1 van de wet van 22 maart 1993 op het statuut van en het toezicht op de kredietinstellingen.

Bij de rekening vermeld in het derde lid gaat het om een rekening die geopend werd op naam van de persoon belast met de opvoeding of op naam van de persoon belast met de opvoeding en een andere persoon.

HOOFDSTUK 3 – TERUGBETALING VAN THUISHULP VAN HUISHOUDELIJKE AARD

Art. 13 – Aanvraag

De persoon belast met de opvoeding die ondersteuning in geval van een meerlingengeboorte wil krijgen in de vorm van de terugbetaling van de kosten voor thuishulp van huishoudelijke aard neemt contact op met het centrum. Het centrum plant een gemeenschappelijke afspraak in om de aanvraag vermeld in artikel 8 samen met de persoon belast met de opvoeding te vervolledigen.

Art. 14 – Beslissing van de Minister

Zodra de aanvraag voltooid is, zendt het centrum die aanvraag door naar de administratie.

De Minister beslist over de aanvraag op basis van een standpuntbepaling van de administratie.

De administratie zendt als volgt een kopie van de beslissing van de Minister aan het centrum en de beslissing zelf aan de persoon belast met de opvoeding:
1° een gunstige beslissing via een gewoon schrijven;
2° een afwijzingsbeslissing via een aangetekend schrijven.

In een afwijzingsbeslissing wordt het volgende vermeld:
1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Art. 15 – Gemeenschappelijk bepalen van de omvang van de ondersteuning

Na ontvangst van de gunstige beslissing van de Minister overeenkomstig artikel 14 nodigt het centrum de persoon belast met de opvoeding uit voor een gezamenlijke vergadering om het terugbetaalbare urenpakket van de overeenkomstig artikel 16 te verstrekken thuishulp van huishoudelijke aard te bepalen.

Het terugbetaalbare urenpakket bedraagt hoogstens 400 uur per kalenderjaar. Indien de eerste ondersteuning tijdens het lopende kalenderjaar wordt verleend, wordt het urenpakket verminderd in verhouding tot de resterende periode van het kalenderjaar.

Op verzoek van de persoon belast met de opvoeding en in overleg met het centrum kan het urenpakket per kwartaal worden aangepast.

Art. 16 – Aard van de ondersteuning

Zodra het terugbetaalbare urenpakket is vastgesteld, kan de persoon belast met de opvoeding, overeenkomstig de bepalingen van het koninklijk besluit van 12 december 2001 betreffende de dienstencheques, een beroep doen op thuishulp van huishoudelijke aard.

Art. 17 – Terugbetaling van de dienstencheques

Met het oog op de terugbetaling van de aankoop van de dienstencheques voor het verlenen van de in artikel 16 vermelde ondersteuning dient de persoon belast met de opvoeding de overschrijvingsbewijzen voor de aankoop van de dienstencheques bij de administratie in.

De administratie betaalt de aankoopprijs van de gebruikte dienstencheques terug, binnen de perken van het toegekende urenpakket.

De terug te betalen bedragen worden overgeschreven naar een rekening van de persoon belast met de opvoeding bij een kredietinstelling zoals gedefinieerd in artikel 1 van de wet van 22 maart 1993 op het statuut van en het toezicht op de kredietinstellingen.

Bij de rekening vermeld in het tweede lid gaat het om een rekening die geopend werd op naam van de persoon belast met de opvoeding of op naam van de persoon belast met de opvoeding en een andere persoon.

HOOFDSTUK 4 – SLOTBEPALINGEN

Art. 18 – Inwerkingtreding

Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2020.

Art. 19 – Uitvoeringsbepaling

De minister bevoegd voor Gezin is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS